



Der aktuelle Freitags-Kommentar
22. August 2025

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Unterwerfungsverträge – die Rechnung für die Schweiz

Pflichten ohne Stimme, Kosten ohne Kontrolle, Regeln ohne Rückweg

von Hermann Lej, Kantonsrat, Frauenfeld TG

Bern unterschreibt, Brüssel regiert. Die Schweizerzeit zeigt, was die Folgen der Unterwerfungsverträge sind. Ganz konkret.

Wenn wir die Unterwerfungsverträge unterzeichnen...

... sinken die Löhne:

Der Arbeitsmarkt wird nivelliert: Mehr Personenfreizügigkeit heisst mehr Lohndruck. Und die neu unkündbaren Gewerkschafter verdienen sich an den Kontrollen eine goldene Nase.

... werden die Mieten steigen:

Mehr Zuwanderung, mehr Druck auf knappen Wohnraum. Die «Schutzklausel»? Will die Schweiz handeln, wird sie von der EU «behandelt».

... wird der Strom teurer:

Die Strompolitik marschiert dann im EU-Takt. Netzplanung, Engpassbewirtschaftung, Marktregeln. Winterstrom wird nicht sicherer, sondern teurer. Preisstützungen? Nur nach EU-Schema.

... kommen die EU-Gesundheits-Einsatzgruppen:

Gemeinsame Beschaffungen, Pflichtlagerlogik, Taskforces und Echtzeit-Datenmeldungen setzen die Leitplanken. In der «Krise» bestimmen die EU-Einsatzgruppen mit ihren «Durchführungsbefugnissen» was bei uns gilt.

... werden die Bauern fremdreguliert:

Pflanzenschutz-Verbote, starre Düngereduktion, Biotop-Quoten, Stilllegungen. Ertrag runter, Importabhängigkeit rauf – besonders bei Obst, Gemüse und Rebbau.

... verteuern sich Käse und Fleisch:

Verarbeitung und Verkauf durch EU-Etiketten-, Rückverfolgbarkeits- und Verpackungsvorgaben: Metzgereien, Käsereien und Hofläden ersticken in Formularen; am Ende zahlt der Konsument.

... werden alle Lebensmittel teurer:

Vom Acker bis zur Theke wachsen Dokumentations-, Etiketten-, Rückverfolgbarkeits- und Verpackungsvorgaben. Beahlt wird zuerst vom Metzger, Käser, Hofladen – am Ende zahlt der Konsument.

... kriegen heimische KMU keine Aufträge mehr:

Das öffentliche Beschaffungswesen wird enger: Lokale Kriterien gelten rasch als diskriminierend. Heimische KMU verlieren gegen Formular-Profis mit EU-Papierpark.

... wird die Solarförderung gestutzt:

Kantonale Boni, Einmalvergütungen, ZEV-Modelle (Zusammenschluss zum Eigenverbrauch, *Anm. d. Red.*), Speicherzuschläge oder reduzierte Netzentgelte gelten als «staatliche Beihilfe» – mit Auflagen, Deckeln oder gar Rückforderungen. Planbarkeit ade.

... explodieren Pflichten für Vereine, Medien, Start-ups:

EU-Digitalpakete bringen jetzt schon Melde-, Moderations- und Compliance-Pflichten mit Bussandrohung; wer EU-User adressiert, braucht u.a. Legal Representative & Reports.

... geraten Kantonalbanken und regionale Fördertöpfe unter Druck:

Staatsgarantien, Zinsverbilligungen, Krisenhilfen gelten plötzlich als problematisch.

... ist Schluss mit Direktzahlungen, Investitionshilfen und Krisenstützungen:

Kantonsprogramme geraten unter Verdacht der Wettbewerbsverzerrung. Wer hilft noch schnell, wenn ein Talbetrieb kippt?

... zahlen wir ein Dauerabo:

Hunderte Millionen jährlich an Kohäsionsbeiträgen – Pflichten voll, Mitsprache null.

Fazit:

Diese Unterwerfungsverträge bringen keine Stabilität, sondern Dauer-Anpassungsdruck. Sie liefern uns Pflichten ohne Stimme, Kosten ohne Kontrolle und Regeln ohne Rückweg. Wer unterschreibt, liefert die Schweiz aus – Stück für Stück.

Hermann Lei